

*Auszug aus dem Aufruf zur Protestkundgebung anlässlich der „Machtübergabe“ im Irak am Samstag, 10. Juli 2004, um 13 Uhr in München am Stachus;
Kontakt: Claus Schreer, Telefon: 169519, Fax: 1689415*

DEUTSCHLAND WILL IM INTERNATIONALEN MACHTPOKER MITSPIELEN

Außenminister Fischer appellierte bei seinem letzten Washington-Besuch an die US-Regierung, nach dem Folterskandal die „moralische Glaubwürdigkeit Amerikas“ wieder herzustellen. Den Abzug der US-Truppen aus dem Irak verlangte er nicht, sondern versprach deutsche Hilfe im Weltsicherheitsrat, wenn dort die Scheinsouveränität des Irak abgesegnet werden soll. Die „Führungskraft Amerikas“ sei auch künftig „unverzichtbar“, denn – so schwärmte Fischer – die USA seien stets „ein Leuchtturm für Frieden und die Herrschaft des Rechts“ gewesen (SZ, 12.05.2004).

Wolfgang Schäuble, Vizechef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu den Folterungen: „Es ist ein Desaster – nicht nur für die Amerikaner, auch für uns“ (SZ, 13.05.2004), und der damals noch nicht zum Bundespräsident gekürte Horst Köhler sagt einige Tage später, es komme jetzt darauf an, „im gemeinsamen Interesse nach vorne zu blicken“ (SZ, 27.04. 2004).

Bei dieser transatlantischen Debatte geht es weder um die Folteropfer selbst noch um echte Souveränität für den Irak. Der Abzug aller ausländischen Besatzungstruppen als notwendige Voraussetzung dazu, das findet in Deutschland in Politik und Medien ebenso wenig Befürworter wie in den USA.

Die großen Zeitungen (von der FAZ über die SZ bis zur ZEIT) sparen zwar nicht mit Kritik an den USA und beklagen das „Irak-Desaster“, doch die Botschaft lautet: „Was begonnen wurde, muss zu Ende gebracht werden ... auch wenn die Begründungen für den Krieg falsch waren – die Kriegsziele waren es nicht.“ (SZ, 20.03.2004). Welche Kriegsziele? Demokratie? Menschenrechte?

Mit ausdrücklicher Genehmigung der Bundesregierung war Deutschland die zentrale Militärdrehscheibe im Krieg, für Waffen- und Truppentransporte in den Irak. Und heute stellt Deutschland die Infrastruktur für die Besatzungstruppen und die Heimatbasis für die Folterer. Für die Verhöre und die Folterungen im Irak ist der militärische Geheimdienst der US-Armee zuständig. In Abu-Ghraib war die 205. Brigade dieses Geheimdienstes eingesetzt, die auf der US-Airbase Wiesbaden-Erbenheim ihren Sitz hat.

Ein NATO-Einsatz im Irak wird weder von der deutschen noch von der französischen Regierung ausgeschlossen, nur soll die NATO „nicht als Büttel der amerikanischen Besatzungsmacht“ tätig werden. Bundesverteidigungsminister Struck hat schon mal verkündet: Die Bundeswehr sei viel erfahrener im Wiederaufbau als die US-Armee (SZ, 19.05.04). Der einzige Haken: Die Bundeswehr ist heute noch nicht soweit. Sie ist mit ihren Auslandseinsätzen in Afghanistan und auf dem Balkan derzeit voll ausgelastet. Deutschland, Frankreich, der EU geht es darum, die Übermacht der USA zu begrenzen, um selbst mehr Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung im Irak und dem Mittleren Osten zu bekommen. Nur darum – nicht um das Schicksal der irakischen Bevölkerung – wurde jetzt im Weltsicherheitsrat gepokert. Mit Zustimmung der Bundesregierung wurde jetzt im Weltsicherheitsrat die illegale Besatzungsherrschaft legitimiert, und die Vereinten Nationen zu einem Erfüllungsgehilfen der USA instrumentalisiert.

ISRAELS BESATZUNGSTERROR

Im Windschatten des „Krieges gegen den Terror“ und mit Rückendeckung der US-Regierung intensiviert Israels Regierung die jahrzehntelange Vertreibungspolitik gegen die Palästinenser.

Im Gazastreifen wurden allein in den letzten Wochen Hunderte von Häusern dem Erdboden gleich gemacht. Bei den sogenannten „gezielten Tötungen“ kommen viermal mehr Unbeteiligte ums Leben als angebliche „Terroristen“.

Den Menschen in den von der israelischen Armee besetzten Gebieten wird so das Leben zur Hölle gemacht. „Der Kampf gegen den Terrorismus rechtfertigt nicht die Außerachtlassung grundlegender Rechtsprinzipien. Gerade dadurch unterscheiden wir uns von Terroristen.“ Der Oberste Gerichtshof Israels hat diesen Rechtsgrundsatz formuliert, Ariel Sharon verstößt dagegen Tag für Tag.

Die israelische Regierung kann ihre Unterdrückungs- und Vertreibungspolitik vor allem deshalb fortsetzen, weil die US-Regierung ihr den Rücken stärkt. Israel ist der bedeutendste Brückenkopf des Westens im Herzen der arabischen Region und neben der Türkei der wichtigste US-Verbündete für die strategischen Pläne einer Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. Deshalb wird Israel seit Jahren massiv aufgerüstet und sein kolonialistisches Siedlungsprojekt mit jährlich 6 Milliarden US-Dollar subventioniert.

US-Präsident Bush hat Mitte April Sharons so genannten „Gaza-Rückzugsplan“ offiziell abgesegnet und damit alle Hoffnungen auf eine Lösung der Palästinafrage so gut wie zerstört. Der sog. Rückzugsplan Sharons ist in Wirklichkeit nicht mehr als eine taktische Frontbegründung: Aufgabe der wenigen israelischen Siedlungen in Gaza, aber Ausdehnung, Weiterbau und Befestigung der Siedlungen im Westjordanland (= 2 % zu 98 %). Der Gazastreifen wird dann zum größten Internierungslager der Welt – eine überbevölkerte Enklave, rundum abgeriegelt und kontrolliert von der israelischen Armee.

Frieden im Nahen Osten und damit Sicherheit für die Menschen sowohl in Israel als auch in Palästina kann es mit dieser Politik nicht geben.

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy sagte auf dem Weltsozialforum in Mumbai: „Wir müssen zum globalen Widerstand gegen die Besatzung werden.“ Fangen wir damit an – hierzulande.

Besatzung und Krieg im Irak beenden!